



Dies ist eine Leseprobe von Klett-Cotta. Dieses Buch und unser
gesamtes Programm finden Sie unter www.klett-cotta.de

**MICHAEL HUDSON
DER SEKTOR**

**WARUM DIE
GLOBALE FINANZWIRTSCHAFT
UNS ZERSTÖRT**

Aus dem Amerikanischen
von Dorothee Merkel
und Thorsten Schmidt

Klett-Cotta

Klett-Cotta

www.klett-cotta.de

Die Originalausgabe erschien unter dem Titel:

»Killing the Host. How Financial Parasites and Debt
Destroy the Global Economy«

im ISLET-Verlag, Glashütte 2015

© 2015 by Michael Hudson

© 2015 ISLET-Verlag, Glashütte

Für die deutsche Ausgabe

© 2016 by J. G. Cotta'sche Buchhandlung

Nachfolger GmbH, gegr. 1659, Stuttgart

Alle deutschsprachigen Rechte vorbehalten

Redaktion: Ulf Müller, Köln

Printed in Germany

Cover: Rothfos & Gabler, Hamburg

Unter Verwendung einer Abbildung von © Volker Möhrke/Corbis

Gesetzt von Dörlemann Satz, Lemförde

Gedruckt und gebunden von GGP Media GmbH, Pößneck

ISBN 978-3-608-94748-9

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Inhalt

Vorwort für die deutsche Ausgabe.	9
Einleitung – das Thema unseres Zeitalters	19
Der Parasit, der Wirt und die Kontrolle über das wirtschaftliche Gehirn	35

TEIL I

Von der Aufklärung zu einer Wirtschaft der Neo-Rentiers

1 Der Finanzsektor und sein Aufstieg zur Macht	59
2 Der lange Kampf, um Volkswirtschaften vom Rentier-Erbe des Feudalismus zu befreien	72
3 Kritiker und Apologeten der ökonomischen Rente, von John Locke bis John Stuart Mill	84
4 Die alles verschlingende Macht des Zinseszinses	102
5 Wie das Eine Prozent die übrigen 99 Prozent in exponentiell wachsender Verschuldung hält	115
6 Wie die Rentiers ihre Einkünfte aus den volkswirtschaftlichen Einkommensstatistiken verbannten	128
7 Der vergebliche Versuch, die Hochfinanz zu industrialisieren.	152

TEIL II

Die Wall Street als zentrale Planungsabteilung

- 8 Die Börse als Schauplatz rücksichtsloser
Finanzmachenschaften 177
- 9 Von den Anfängen des Aktienmarkts zur Ausgabe von
Ramschpapieren 193
- 10 Finanz kontra Industrie:
Die zwei Seiten der Bilanzaufstellung..... 215
- 11 Die Blasenökonomie:
von der Vermögenspreisinflation zur Schuldendeflation 229
- 12 Die Banker haben es kommen sehen, aber die Ökonomen
schauten weg..... 251
- 13 Der Coup von 2008: Wie die Banken gerettet wurden,
aber nicht die Wirtschaft 273
- 14 Die staatlichen Geschenke werden immer mehr von Politik
und Korruption beherrscht 297
- 15 Die Scheinversicherung der Wall Street gegen den Crash 317
- 16 AIG wird gerettet, um Goldman durchzufüttern..... 332
- 17 Die Wall Street übernimmt das Ruder und verhindert
Schuldenerleichterungen..... 347
- 18 Von der Demokratie zur Oligarchie 366

TEIL III

Die selbstauferlegte Sparpolitik als Griff nach den Gemeingütern

19	Die selbstauferlegte Sparpolitik Europas	385
20	Die finanzielle Eroberung Lettlands: von der sowjetischen Planwirtschaft zur neoliberalen Austerität	401
21	Die Gründung der Troika: ihre bankenfreundliche, arbeiterfeindliche Agenda	418
22	Die Hochfinanz »verramscht« die Demokratie	433
23	Die Hochfinanz installiert Technokraten als Statthalter	446
24	Der Weg der Troika in die Schuldknechtschaft	462
25	US-Gerichte blockieren Schuldenschnitte	477
26	Sparpolitik oder Neuanfang?	495
27	Der Finanzkapitalismus als Krieg	511
28	Werden die ökonomischen Produktivkräfte durch Rentenextraktion gelähmt?	529

TEIL IV

Es gibt eine Alternative!

29	Der Kampf um das 21. Jahrhundert	545
	Schluss	
	Die griechische Tragödie könnte das Ende des Euro bedeuten. . . .	572
	Nachwort für die deutsche Ausgabe von 2016	592

ANHANG

	Anmerkungen	605
	Register	654
	Länderregister	654
	Personenregister	656
	Sachregister	661

TEIL I

**Von der Aufklärung zu einer Wirtschaft
der Neo-Rentiers**

KAPITEL 1

Der Finanzsektor und sein Aufstieg zur Macht

»Die Rentiers ließen sich nicht einschläfern, im Gegenteil: Aufgeschreckt durch die Stagflationskrisen der siebziger Jahre, machten sie gegen den keynesianischen Wohlfahrtsstaat Front und bündelten ihre Macht in weltweit operierenden Pensions- und Investmentfonds. Es gelang ihnen, ihren Einfluss auf die internationale Finanz- und Währungspolitik beträchtlich zu verstärken und ein hegemoniales Regime zu errichten, von dem Keynes sich nichts hätte träumen lassen.«

Christoph Deutschmann¹

Vor einem Jahrhundert glaubte fast jeder, der Anstieg des Wohlstands und des Lohnniveaus würden dazu führen, dass die Menschen mehr sparen und sich weniger verschulden. Im Jahr 2008 jedoch war die Sparquote in den USA unter Null gesunken. Nicht nur Einzelpersonen, sondern auch der Immobilien- und der Industriesektor und sogar die Regierung verschuldeten sich immer mehr, was – wie es in der Fachsprache der Ökonomen heißt – ein »Entsparen« zur Folge hatte.

Heutzutage führt in den USA jeder Versuch, in die Mittelschicht aufzusteigen, unmittelbar in die Schuldknechtschaft. Man schließt eine Hypothek ab, um sich ein Haus zu kaufen, nimmt ein Studentendarlehen auf, um die nötige Ausbildung zu finanzieren, einen Auto-Kredit, damit man zur Arbeit fahren kann, und macht Kreditkartenschulden, um das tägliche Leben zu finanzieren. Dadurch fällt der Schuldner immer tiefer in ein Schuldenloch. In letzter Zeit sehen sich viele Hochschulabsolventen aufgrund der hohen Tilgungsraten ihrer Studentendarlehen gezwungen, bei ihren Eltern zu wohnen. Sie können es sich nicht leisten, zu heiraten oder eine Familie zu gründen, geschweige denn, eine Hypothek aufzunehmen. Daher war seit 2008 auch kein Anstieg mehr in den Konsumausgaben zu verzeichnen.

Selbst wenn ihr Einkommen steigt, müssen viele Familien feststellen, dass ihr Lohn vom Schuldendienst aufgezehrt wird.

Genau das bedeutet »Schuldendeflation«. Der Anteil am Einkommen, den man Gläubigern zahlen muss, steht nicht mehr für andere Ausgaben zur Verfügung – wie etwa den Erwerb von Gütern und Dienstleistungen. Noch in den dreißiger Jahren fürchtete Keynes, der wachsende Wohlstand würde dazu führen, dass die Leute einen größeren Teil ihres Einkommens nicht ausgeben, sondern sparen und es dadurch zu einem Ausfall der Marktnachfrage kommen würde. Heute besteht das Problem darin, dass »Sparen« nicht mehr nur zustande kommt, indem man mehr verdient, als man ausgibt: Die volkswirtschaftliche Einkommensstatistik zählt auch Einkommensteil zum »Sparen«, der zum Schuldendienst benutzt wird. Das Problem einer unzureichenden Marktnachfrage, das Keynes Sorgen machte, entsteht heute durch die drückende Schuldenlast und nicht etwa, weil die Menschen zu viel Geld verdienen, das sie nicht ausgeben wollen. Die Schuldendeflation führt bei Privatpersonen zu Zahlungsausfällen und Zwangsvollstreckungen, während die Anleihegläubiger und Banken auf Kosten der Regierung gerettet werden.

Viele Menschen trauen sich heute nicht, sich wegen schlechter Bedingungen an ihrem Arbeitsplatz zu beschweren. Denn sie sind so hoch verschuldet, dass sie es sich nicht leisten können, ihren Job zu verlieren und dadurch ihre Hypothekenschulden nicht mehr bedienen und Wasser- und Stromrechnungen nicht mehr bezahlen zu können oder ihre Kreditkartenkonten so weit überziehen zu müssen, dass ihnen Strafzinsen von bis zu 29 Prozent drohen. Dieser Effekt hat in den USA bereits einen Namen: Man nennt ihn den »debt-traumatized worker effect« – den Effekt des durch Schulden »traumatisierten Arbeiters« –, und er ist eine der Hauptursachen für stagnierende Löhne.

Die finanzielle Rente und die Grundrente: Wie die Banker die Rolle des Landadels übernahmen

Als die Normannen 1066 Großbritannien eroberten und auch im übrigen Europa ähnliche kriegerische Eroberungen stattfanden, löste das eine dauerhafte Auseinandersetzung darüber aus, wem die Grundrente nun zustand:

dem König als seine ureigene Steuergrundlage oder dem Adel, unter den das Land aufgeteilt worden war, damit er es offiziell im Auftrag des Herrschers verwaltete. Die Grundherren aus dem Erbadel setzten mit der Zeit durch, dass die Grundrente mehr und mehr privatisiert wurde, wodurch sich die Monarchen gezwungen sahen, stattdessen Arbeitskraft und Industrie zu besteuern.

Diese Annexion der Grundrente führte zu dem großen Kampf der klassischen Ökonomen eines freien Marktes, von den französischen Physiokraten bis hin zu Adam Smith, John Stuart Mill, Henry George und ihren Zeitgenossen, die sich dafür einsetzten, das Land und die natürlichen Ressourcen zur Steuergrundlage zu machen. Die Grundrente, die nur den eigennützigen Interessen der Aristokratie diente, sollte durch öffentliche Steuern ersetzt werden und das, was letztendlich ein Geschenk der Natur war, sollte wieder in den Besitz der Allgemeinheit übergehen. Für die Physiokraten galt die Sonne als Quelle der landwirtschaftlichen Erträge, für David Ricardo war es die natürliche Fruchtbarkeit des Bodens. Außerdem waren sie der Ansicht, die Grundrente steige einfach nur wegen der zunehmenden Urbanisierung, durch die auch der Wert von Wohn- und Gewerbeflächen stieg.

Die klassische Wert- und Preistheorie wollte vor allem diese Form der Grundrente neu definieren. Sie sollte nicht länger die Arbeits- und Betriebskosten widerspiegeln (wobei Kosten für Gebäude und andere Kapitalaufwertungen außer Acht gelassen wurden), sondern vielmehr das Land als Geschenk der Natur und deshalb als nationales Erbe betrachten.

Während der vergangenen drei Jahrhunderte war das Hauptziel der politischen Ökonomie, die aus Landbesitz und natürlichen Ressourcen abgeschöpften Renten, die die Monarchen des Mittelalters an private Eigner abgetreten hatten, wieder in die öffentliche Hand zu überführen. In der politischen Praxis führte dies zu demokratischen Verfassungsreformen, um die Macht der Grundherren zu brechen. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts wurde auf die Landbesitzer in Großbritannien, den Vereinigten Staaten und anderen Ländern zunehmend politischer Druck ausgeübt, für ihren Besitz Steuern zu zahlen. Als 1910 in Großbritannien eine Verfassungskrise ausbrach, die sich an der Frage der Besteuerung von Grundbesitz entzündet hatte, führte dies dazu, dass der Landadel im Oberhaus seine Macht verlor. Nun konnte er die steuerrechtlichen Pläne des Unterhauses nicht länger blockieren. Auch die von Sun Yat-Sen angeführte Revolution in China im

Jahr 1911, die zum Sturz der Qing-Dynastie führte, entbrannte aufgrund von Forderungen nach einer angemessenen Besteuerung des Grundeigentums. Und als die Vereinigten Staaten 1913 die Einkommenssteuer einführten, waren davon hauptsächlich die Einkünfte der Rentiers betroffen, die diese aus ihren Immobilien, natürlichen Ressourcen und Kapitalerträgen bezogen. Vergleichbare demokratische Steuerreformen fanden in der ganzen Welt statt.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts ging immer mehr Land aus dem Besitz des Adels in den des Volkes über – und zwar mithilfe von Krediten. Das war für die meisten Familien der einzige Weg, ein Eigenheim zu erwerben. Von der Aufnahme eines Hypothekendarlehens versprach man sich sicheren eigenen Wohnraum und zudem ein im Wert steigendes Anlagegut. Für einen Großteil der Bevölkerung nahmen private Ersparnisse nun immer mehr die Form von Tilgungszahlungen für ihre Hypotheken an. Ihr Grundbesitz wurde zum wichtigsten Bestandteil ihres Eigenkapitals.

Kein Ökonom ahnte jedoch damals, was für weitreichende Folgen diese Entwicklung haben würde. Kein Experte sah voraus, dass der Immobiliensektor in den Vereinigten Staaten wie auch in Europa der bei weitem größte Markt für Bankkredite werden würde. Niemand rechnete damit, dass die Immobilienpreise weniger aufgrund des Bevölkerungswachstums, das mehr Menschen um weniger freien Boden konkurrieren lässt, steigen würden. Die Immobilienpreise nahmen vielmehr wegen der Bankkredite zu, die mit immer weniger Eigenkapital ausgestattet waren, und wegen der immer umfangreicheren öffentlichen Dienstleistungen, die die Grundstückswerte in die Höhe trieben, ohne dass sich die öffentliche Hand die so geschaffene Wertsteigerung durch eine entsprechend höhere Grundsteuer zurückholte. Im Gegenteil, tatsächlich wurde die Grundsteuer sogar gesenkt.

Das Ergebnis dieser »Demokratisierung« von Immobilien »auf Pump« ist, dass nun ein Großteil der Erträge, die sie abwerfen und die vormals den Grundherren als Pacht oder Miete gezahlt wurden, nun als Hypothekenzinsen an die Banken geht und nicht an die Regierung – worauf die klassische ökonomische Lehre eigentlich gedrängt hatte. Auf diese Weise hat der heutige Finanzsektor die Rolle übernommen, die der Landadel im Europa der Feudalzeit innehatte. Zwar fließt die Grundrente nun nicht mehr dem Landadel zu, aber ebenso wenig dient sie als Steuergrundlage. Stattdessen wird sie den Banken als Hypothekenzins gezahlt. Hauskäufer, gewerbliche

Investoren und Immobilienspekulanten müssen im Gegenzug für ihren Erwerb auf Kredit das Äquivalent des Mietpreises an die Banken zahlen. Derjenige, der dank hoher Kredite am meisten bietet, bekommt die Immobilie. Das hat dazu geführt, dass sich der Preis einer Immobilie danach bemisst, wieviel Kredit die Bank zu geben gewillt ist, indem sie die Mieteinnahmen als Sicherheit für ihre Kredite akzeptiert.

Der Finanzsektor als Mutter aller Monopole

Die andere Form der ökonomischen Rente, die Adam Smith und andere klassische Ökonomen weitestgehend abschaffen wollten, waren die Einkünfte aus natürlichen Monopolen – wie etwa jenen, die durch Handelsprivilegien entstanden (z.B. die Ostindiengesellschaften Großbritanniens, Frankreichs und Hollands). Genau das war es, was diese Ökonomen ursprünglich unter freiem Handel verstanden: die Befreiung der Wirtschaft von Monopolrenten. Die meisten europäischen Länder beließen die grundlegende Infrastruktur in öffentlicher Hand – wie zum Beispiel das Straßennetz, die Eisenbahnliesen, das Kommunikationssystem, die Wasserversorgung, das Bildungs- und Gesundheitswesen sowie die Pensionsfonds. Die Lebenshaltungs- und Geschäftskosten wurde dadurch auf ein Minimum gesenkt, weil der Staat die nötigen Dienstleistungen entweder zu geringen, subventionierten Kosten oder vollkommen kostenlos zur Verfügung stellte.

Der heutige Finanzsektor hat mit diesen Zielen nichts mehr am Hut. Ihm geht es mitnichten darum, die Kosten für Straßen, Elektrizität, Transportwesen, Wasser oder Bildung zu senken. Im Gegenteil, der »Sektor« will das, was als wirtschaftliche Monopolrente berechnet werden kann, maximieren. Seit 1980 hat sich das Tempo, mit dem diese Infrastrukturbereiche privatisiert wurden, wieder und wieder beschleunigt. Öl und Gas, Bergbau und Energieversorgung hat der Finanzsektor bereits »finanzialisiert« – nun versucht er auch, sich die Wasserversorgung und die übrigen bedeutenden Bestandteilen der gesellschaftlichen Infrastruktur einzuverleiben. Er will die öffentliche Hand auf diese Weise zwingen, die Steuern für den »Sektor« – die Finanz-, Versicherungs- und Immobilienbereiche – zu senken.

Die Vereinigten Staaten waren eines der ersten Länder, die das Eisenbahn- und Telefonnetz, die Strom- und Gasversorgung sowie andere Infra-

strukturmonopole privatisiert haben. Sie regulierten diese Bereiche durch Kommissionen für öffentliche Dienstleistungen, damit die Preise sich im Einklang mit den Produktionskosten und Einkommen entwickelten. Seit den 1980er Jahren wurden diese natürlichen Infrastrukturmonopole immer mehr privatisiert und die Regulierungen immer weiter abgebaut, unter dem Vorwand, die mit Bankkrediten und finanzialisiertem Management verbundene Privatisierung staatlicher Unternehmen führe quasi von selbst zu einer effektiveren Wirtschaft. Der Thatcherismus und die Ideologie dahinter haben sich als katastrophal herausgestellt. Das gilt seit 1991 besonders auch für die Volkswirtschaften der ehemaligen Sowjetunion, für Carlos Slims Telefonmonopol in Mexiko, für die US-amerikanischen Pharmakonzerne und das dortige Kabelfernsehen. In Wirklichkeit haben solche Faktoren wie Schuldendienst (Zinsen und Dividenden), exorbitante Verwaltungsgebühren, Aktienoptionen, Versicherungsgebühren, Fusionen und Übernahmen dazu geführt, dass die Kosten der Geschäftstätigkeit gestiegen sind.

Immobilienspekulanten und Käufer von gewinnträchtigen Monopolen haben eine ähnliche Philosophie: »Die ökonomische Rente ist zur Zinstilgung da.« Je höher die Monopolrente, desto mehr bezahlen die Spekulanten den Bankern und Anleiheinvestoren für diese Besitzrechte. So wird der Finanzsektor zum Hauptempfänger der Monopol- und Grundrenten und eignet sich nun das an, was früher der Landadel besessen hatte.

Das Bemerkenswerte daran ist, dass all dies im Namen des »freien Marktes« geschah – eines Konzepts, das die Finanz-Lobbyisten neu definiert haben, und zwar als Freiheit von staatlichem Besitz und öffentlicher Regulierung. Es ist dem Finanzsektor gelungen, eine antistaatliche Ideologie zu mobilisieren, mit deren Hilfe er sich das Allgemeingut aneignete und die regulierende Gesetzgebung unterband. Man wirft der staatlichen Planung vor, von Natur aus bürokratisch, verschwenderisch und oftmals auch korrupt zu sein – als wäre die Geschichte der Privatisierung nicht voll von korrupten Insidergeschäften und Intrigen, um an Rechte zu gelangen, die eine Rentenextraktion ermöglichen und die Wettbewerbsfähigkeit der betroffenen Volkswirtschaften erheblich schmälern.

Die Finanzialisierung der Industrie, um Profite in Zinsen und Aktienrückkäufe zu verwandeln

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts schien das Bankwesen überall auf der Welt darauf ausgerichtet, die Beziehungen der Industrie zur Regierung zu koordinieren und eine zukunftsorientierte Planung zu entwerfen (siehe Kapitel 7). Dies gelang besonders gut in Deutschland und Mitteleuropa. Ökonomische Lehrwerke entwerfen auch heute noch Bilderbuchszenarien, in denen die Banken die Vermögensbildung finanzieren. Und nach wie vor herrscht die Überzeugung vor, niedrige Leitzinsen würden die Investitionen in die Industrie ankurbeln, indem sie die Kreditaufnahme profitabler machten.

Aber Banken finanzieren heute nur noch selten neue Produktionsmittel. Sie ziehen es vor, ihre Kredite für Fusionen, Unternehmensübernahmen durch das Management (Management Buyouts) oder Ausschichtungen bestehender Unternehmen zu vergeben. Und was die Anleihegläubiger angeht, so entdeckten sie während der achtziger Jahre einen neuen Markt für sich: die hochverzinslichen Ramschanleihen (»Junk-Bonds«), die oft eine feindliche Übernahme einleiteten oder begleiteten. Niedrigere Zinssätze erleichtern die Kreditaufnahme und somit auch die Übernahme von Unternehmen – sowie deren anschließende Zerschlagung, ihre Ausblutung durch immense Managementkosten und das Zurückschrauben der Pensionsgelder für die Angestellten unter Androhung eines sonst fälligen Bankrotts der Firma.

Die Kreditvergabe der Banken konzentrierte sich auf die Finanzierung von Handelsgeschäften und nicht auf Kapitalinvestitionen. Die Ökonomen empfahlen der Industrie, auf ihrem Eigenkapital aufzubauen, um die Anleihegläubiger und andere Kreditgeber daran zu hindern, die Unternehmensleitung an sich zu reißen und es an die kurze Leine zu nehmen. Aber die Industrie wurde immer stärker finanzialisiert, und »aktivistische Aktionäre« benutzen Industrieunternehmen als Vehikel für den eigenen finanziellen Profit. Die Bezahlung der Manager richtet sich nach der Geschwindigkeit, mit der es ihnen gelingt, den Aktienkurs ihres Unternehmens in die Höhe zu treiben – ein Ziel, das am schnellsten durch Fremdkapitalaufnahmen erreicht werden kann. Auf diese Weise wurde die Börse zum Schauplatz eines vermehrten »Asset Stripping« – der Zerschlagung von Vermögenswerten. Unternehmensprofite werden für Aktienrückkäufe

und höhere Dividendenzahlungen eingesetzt, und nicht für langfristige Investitionen (siehe Kapitel 8). Die Finanzpresse verurteilt diese Praktiken zwar zumeist, aber niemand stellt sich dieser Entwicklung entgegen (Kapitel 9).

Die Finanzialisierung der Industrie hat dafür gesorgt, dass sich das Wesen des Klassenkampfes erheblich gewandelt hat, wenn man es mit dem vergleicht, was die Sozialisten und Arbeiterführer Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts vor Augen hatten. Damals fand die Auseinandersetzung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern statt und drehte sich um Löhne und Sozialleistungen. Das heutige Finanzwesen schlachtet das Industriekapital aus, zwingt der Gesellschaft Sparprogramme auf und verursacht einen Beschäftigungsrückgang, während sein Drang nach der Privatisierung von Monopolen die Lebenshaltungskosten in die Höhe treibt.

Die Finanzwelt übernimmt die Regierungsmacht

Zentralbanken wurden eigentlich geschaffen, um es den Regierungen zu ersparen, Kredite bei privaten Anleihegläubigern aufnehmen zu müssen. Aber mit den Haushaltsdefiziten stieg auch die Macht der Finanzlobbyisten. Sie übten Druck auf die Regierungen aus, um die Steuerprogression wieder abzuschaffen und die Kapitalsteuern zu senken. Statt das nötige Geld für »Defizitfinanzierungen« zur Verfügung zu stellen – also für Ausgaben, die die Einnahmen der öffentlichen Haushalte übersteigen –, drucken die Zentralbanken hauptsächlich zu dem Zweck Geld, um es den Banken zu leihen, die damit wiederum die Schuldenlast der Wirtschaft erhöhen. Seit 2008 hat die Federal Reserve, die US-amerikanische Notenbank, vier Billionen Dollar durch expansive Geldpolitik (*quantitative easing*, quantitative Lockerung) geschaffen, die als Kredite an die Banken geflossen sind. Ziel ist das erneute Aufblähen von Vermögenspreisen – Immobilien, Aktien und Anleihen –, die die Finanzinstitute (und das Eine Prozent) als Sicherheiten halten, und nicht etwa die Stärkung oder Genesung der Realwirtschaft.

Am schlimmsten ist die Lage in der Eurozone. Die Europäische Zentralbank hat die Summe von einer Billion Euro autorisiert: »Was immer nötig sein wird«, wie es ihr Präsident Mario Draghi formulierte, um Staatsanleihen zu kaufen. Und doch weigert sich die EZB grundsätzlich, den Regierungen

der Eurozone auf direktem Wege, also ohne Umweg über Privatbanken, Geld zu leihen, obwohl die Haushaltsdefizite die Grenze von 3 Prozent des BIP nicht überschreiten dürfen. Dies führt dazu, dass sich zu der Schulden- deflation noch eine Haushaltsdeflation gesellt. Auf diese Weise werden die Regierungen gezwungen, sich auf die Anleihegläubiger zu verlassen und immer mehr öffentliches Eigentum zu verkaufen.

All das steht in direktem Gegensatz zu dem, was die klassischen Ökonomen für notwendig hielten. Sie wollten erreichen, dass die demokratisch gewählten Regierungen den wirtschaftlichen Mehrwert erhalten und verteilen. Vermutlich hätte dies die Lebenshaltungs- und Geschäftskosten gesenkt, eine zunehmende Bandbreite an öffentlichen Dienstleistungen ermöglicht, die subventioniert oder gänzlich kostenlos sind, und eine gerechte Gesellschaft gefördert, in der niemand besondere Privilegien oder erbliche Rechte genießt.

Die Fürsprecher des Finanzsektors haben versucht, die Kontrolle über demokratisch gewählte Regierungen zu erlangen, indem sie den gewählten Volksvertretern die Verantwortung für Steuerpolitik und Bankenregulierung entziehen ließen. Die Verantwortung übertrug man stattdessen Leuten, die von den globalen Finanzzentren auserkoren wurden. Diese Art von Planung ist nicht daran interessiert, irgendeines der klassischen fortschrittlichen Ziele umzusetzen, wie etwa dasjenige, Ersparnisse zu mobilisieren, um die Produktivität anzukurbeln und der Bevölkerung aus der Armut herauszuhelfen. Das Ziel des Finanzkapitalismus ist nicht die Kapitalbildung, sondern der Erwerb von Privilegien, die das Abschöpfen einer ökonomischen Rente ermöglichen, sei es durch Immobilien, natürliche Ressourcen oder Monopole.

Das sind genau die Einkünfte, die klassische Ökonomen auf ein Minimum reduzieren oder so hoch besteuern wollten, dass kaum noch etwas davon übrigblieb. Indem sich die Banken und die Hochfinanz mit den Rentiers verbünden und deren Interessen vertreten – um die ökonomische Rente in Form von Zinszahlungen zu erhalten –, sind sie zu einem Teil der Gemeinkosten geworden, die der Wirtschaft auferlegt werden: eine Ausbeutung, von der die klassischen Ökonomen die Gesellschaft befreien wollten. Die Symbiose, die die Finanzwelt mit dem Immobiliensektor, dem Bergbau, der Förderung von Öl und anderen natürlichen Ressourcen sowie mit den Monopolen eingegangen ist, hat zu einer Finanzialisierung all dieser Sektoren

geführt. Zusätzlich haben die Banklobbyisten darauf gedrängt, die Grundsteuer abzuschaffen, um mehr Einkünfte für Zinszahlungen freizusetzen. Dies wiederum zwingt die Regierungen, Arbeitskraft und Industrie stärker zu besteuern.

Um diese Steuerverlagerung und Verschärfung des Verschuldungsgrades zu ermöglichen, haben die Finanzlobbyisten das schon erwähnte Täuschungsmanöver erdacht, das es so aussehen lässt, als diene die Finanzialisierung dem wirtschaftlichen Wachstum. Sie werfen den Zentralbanken vor, die Monetarisierung von Haushaltsdefiziten würde notwendig die Inflation erhöhen – obwohl es für diese Behauptung nicht den geringsten Beweis gibt. Diesem Vorwurf steht auch die ungeheuer hohe Inflationsrate auf dem Immobilien- und Aktienmarkt entgegen, die durch die aggressive Kreditvergabe der Banken verursacht wurde.

Der Prozess der Geldschöpfung wurde von den Banken monopolisiert, die nun ihre Macht benutzen, um den Transfer von Vermögenswerten zu finanzieren. Und die besten und am schnellsten zugänglichen Einnahmequellen sind dabei nun einmal die Infrastruktur und die natürlichen Ressourcen von Schuldnerländern. Die darin enthaltenen Vermögenswerte werden der öffentlichen Hand durch politische Insidergeschäfte und Verschuldung entzogen – was einer Fusion der globalen Finanzzentren mit Kleptokratien gleichkommt.

Die Krönung dieser speziellen Finanzstrategie ist der Aufbau internationaler Finanzinstitutionen (Internationaler Währungsfonds und Europäische Zentralbank), die auf die verschuldeten Volkswirtschaften Druck ausüben. Dadurch wollen sie sie veranlassen, demokratisch gewählten Parlamenten die Kontrolle über die Steuerpolitik zu entziehen und sie den Institutionen zu übertragen, die im Interesse der Banker und Anleihegläubiger eigene Regeln aufstellen. Diese globale Machtkonzentration hat es der Finanzwelt ermöglicht, potentiell schuldnerfreundliche Regierungen auszuschalten.

Demokratien werden durch Finanzoligarchien ersetzt

Diese Entwicklungen widersprechen allem, wofür die Menschen im 18., 19. und einem Großteil des 20. Jahrhunderts gekämpft haben. Damals wollte man die Volkswirtschaften von der Macht der Grundherren, der Monopo-

listen und »Kuponabschneider« befreien, die von den Einnahmen ihrer Anleihen, Aktien und (zumeist geerbten) Immobilien lebten. Die Form ihres Einkommens war ein technisch und ökonomisch nutzloses Überbleibsel aus früheren Eroberungszeiten – mit Privilegien, die von Generation zu Generation weitervererbt wurden.

Als die parlamentarischen Reformen die Kontrolle des Landadels über die Regierung beseitigten, breitete sich die Hoffnung aus, ein auf die Gesamtbevölkerung ausgeweitetes Wahlrecht würde eine andere Politik zur Folge haben. Grund und Boden, natürliche Ressourcen und Monopole, so glaubte man, könnten nun so verwaltet werden, dass sie dem langfristigen Wohl der Gesellschaft dienten. Doch die Vertreter dessen, was Thorstein Veblen das »egoistische Einzelinteresse« nannte, haben ihre politische Vormachtstellung wieder neu zementiert. Angeführt wurden sie dabei vom Finanzsektor, der seinen Reichtum einsetzte, um Einfluss auf das Wahlverfahren zu erlangen und eine Gesellschaft der »Neo-Rentiers« zu erschaffen, die dem Staat einen Sparkurs aufzwingt.

Es hat eine kulturelle Gegenrevolution stattgefunden. Und das ist nur deshalb so wenigen Leuten aufgefallen, weil der Finanzsektor die Geschichte umgeschrieben und die öffentliche Meinung darüber, was unter ökonomischen Prozessen und einer fairen Gesellschaft zu verstehen ist, neu definiert hat. Der von der Finanzwirtschaft geprägte Gegenentwurf zur klassischen Ökonomie ist der sogenannte »Neoliberalismus«. Dabei handelt es sich jedoch um das Gegenteil dessen, was die ursprünglichen liberalen Reformdenker der Aufklärung unter dem Begriff »liberal« verstanden. Die Grundrente ist eben *nicht* im Machtbereich der Regierung verblieben, und mehr und mehr öffentliche Dienstleistungen sind privatisiert worden, um eine wirtschaftliche Monopolrente aus ihnen herauszupressen. Die Banken haben die Kontrolle über die Regierungen übernommen, und ihre Zentralbanken schaffen nur dann Geld, wenn es darum geht, die Verluste der Gläubiger aufzufangen und nicht, wenn es um die Finanzierung öffentlicher Ausgaben geht.

In den folgenden Kapiteln beschäftige ich mich mit der klassischen Analyse der Wert-, Preis- und Rententheorie, um zu zeigen, wie die ökonomische Rente der öffentlichen Hand entzogen und stattdessen dem Finanzsektor zugeschlagen wurde. Statt eine Symbiose mit der Industrie einzugehen, wie man es sich noch vor einem Jahrhundert erhoffte, unterstützt die Fi-

nanzwirtschaft nun diejenigen, die sich auf die Extraktion von Renten spezialisiert haben. Und statt dass die Zentralbanken Geld schaffen, um die Haushaltsdefizite zu finanzieren, sind die Regierungen auf die Anleihegläubiger angewiesen und müssen die zum Wachstum der Wirtschaft benötigte Kreditvergabe den Geschäftsbanken und anderen Gläubigern überlassen.

Als Folge daraus entwickeln sich die heutigen Gesellschaften immer mehr in eine Richtung, die selbst Finanzlobbyisten stets verurteilt haben: hin zur zentralen Planung. Allerdings mit dem großen Unterschied, dass diese Planung nun in den Finanzzentren stattfindet (in der Wall Street, der City of London und in Frankfurt). Dahinter steht der Plan, eine Gesellschaft der Neo-Rentiers zu etablieren. Statt der Wirtschaft zum Wachstum zu verhelfen, sind die Banken, die Anleihemärkte und sogar die Börsen zum Bestandteil einer räuberischen, extraktiven Dynamik geworden.

Dieses zerstörerische Szenario wäre niemals möglich gewesen, wenn die klassische Kritik an den Rentiers im Zentrum der politischen Diskussion geblieben wäre. In Kapitel 2 werde ich daher rekapitulieren, wie man über drei Jahrhunderte hinweg versuchte, den industriellen Kapitalismus durch aufklärerische Reformen von den Rentierkosten als einem Erbe der Feudalzeit zu befreien. Nur wenn man dieses Vermächtnis versteht, lässt sich erkennen, wie die heutige, vom Finanzsektor betriebene Gegenauflklärung uns in eine neofeudale Wirtschaftsordnung zurückführt.

Für den Marxismus bestand der entscheidende innere Widerspruch des Industriekapitalismus darin, dass er seinen Profit zu steigern suchte, indem er den Lohnarbeitern so wenig wie möglich bezahlte. Das, so lautete die These, bewirke dann ein Austrocknen der heimischen Märkte. Die inneren Widersprüche des Finanzkapitalismus sind ganz ähnlicher Art: Die Schuldendeflation frisst die wirtschaftlichen Einkünfte des Staates aus Grundrente, natürlichen Ressourcen, industriellen Profiten, verfügbarem persönlichem Einkommen und Steuern auf, was zur Folge hat, dass die Volkswirtschaften den exponentiellen Anstieg ihrer Schuldenlast nicht mehr tragen können. Extreme Sparmaßnahmen (Austerität) führen zu Zahlungsausfall – wie wir heute am Beispiel Griechenlands nur zu deutlich erkennen können.

Die Antwort des Finanzsektors bestand darin, den Wetteinsatz zu verdoppeln und so viele Kredite zu vergeben, dass die Schuldner ihre Schulden auch weiterhin bezahlen können. Wenn dann die Finanzblase platzt, werden die Gläubiger die öffentlichen Haushalte der Schuldnerländer pfänden –

ganz ähnlich wie die Häuser derjenigen, die ihre Hypotheken nicht mehr bezahlen können. Die Zentralbanken überschwemmen die Wirtschaft mit Krediten und senken die Leitzinsen, in dem Versuch, die neue Vermögenspreisblase weiter aufzublähen. Die US-amerikanischen Schatzwechsel (T-Bonds) werfen weniger als 1 Prozent ab, und der Zinssatz deutscher Bundesanleihen war eine Zeitlang sogar negativ. An dieser Entwicklung lässt sich die starke Tendenz erkennen, sich in sichere Investitionen zu flüchten, wenn ein Schuldenerlass bei anderen Anleihen unausweichlich scheint.

Am Ende wird man sogar Null-Zins-Darlehen nicht mehr bezahlen können. Man kann das Thema, das sich wie ein roter Faden durch das vorliegende Buch zieht, in einem einzigen Satz zusammenfassen: *Schulden, die nicht bezahlt werden können, werden auch nicht bezahlt.*

Aber der Versuch, es dennoch zu tun, stürzt die jeweiligen Länder in eine lang anhaltende wirtschaftliche Depression.

KAPITEL 2

Der lange Kampf, um Volkswirtschaften vom Rentier-Erbe des Feudalismus zu befreien

»Wenn du sie nicht besitzt, wird es ihnen mit der Zeit gelingen, dich zu besitzen. Sie werden deine Politik zerstören und deine Institutionen korrumpieren.«

Der Bürgermeister von Cleveland Tom Johnson (1901–1909)
in einer Rede über Energieversorgungsunternehmen

Die klassische Ökonomie war Teil eines Reformprozesses, der Europa aus der Feudalzeit ins Industriezeitalter führen sollte. Dazu war es zunächst einmal notwendig, die Macht des Landadels, der Bankiers und der Monopole zu brechen. Sie sollten nicht länger unfaire Forderungen erheben dürfen, die nicht durch tatsächliche Arbeitskraft oder Geschäftstätigkeit gerechtfertigt waren. Man hielt ihre Einkünfte für »unverdient«.

Bei dem ursprünglichen Kampf für einen freien Markt ging es darum, sich von der Ausbeutung derer zu befreien, die sich durch Rentenextraktion bereicherten: der Eigentümer von Grundstücken, natürlichen Ressourcen, Monopolrechten und Geldvermögen, die ein Einkommen erbrachten, ohne dass dafür entsprechende Arbeit geleistet und meist auch keine Steuern bezahlen wurden. Während sich die reiche Aristokratie von ihrem geerbten Einkommen ernährte, wurde ein Großteil der Steuerlast auf die arbeitende Bevölkerung und die Industrie abgewälzt, zusätzlich zu ihren Pacht- und Mietzahlungen und ihrem Schuldendienst.

Das klassische Reformprogramm, das Adam Smith und seine Anhänger aufstellten, umfasste die Besteuerung von Einkommen aus Privilegien, die noch aus der europäischen Feudalzeit mit ihren militärischen Eroberungen stammten. Von nun an sollten Grundbesitz, Bankwesen und Monopole von

der öffentlichen Hand reguliert werden. Der heutige Neoliberalismus hat die ursprüngliche Bedeutung des Begriffs auf den Kopf gestellt. Nun bedeutet »freier Markt« eine Wirtschaft, die freies, ungehemmtes »Rent-Seeking« – das Anhäufen von Gelegenheiten zur Rentenextraktion – ermöglicht, weil sie »frei« von staatlicher Regulierung oder der Besteuerung »unverdienter« Rentier-Einkünfte ist.

Die beste Methode, um diese Gegenrevolution wieder rückgängig zu machen, besteht darin, auf die klassische Unterscheidung zwischen verdientem und nicht verdientem Einkommen zurückzugreifen und sich daran zu erinnern, wie man damals das Verhältnis zwischen Hochfinanz und Schuldner als ein die Gesamtwirtschaft aushöhlendes Konzept definierte (insbesondere was die Frage der Zinseszinsen anging). Diese ursprüngliche Kritik an den Grundherren, den Bankiers und Monopolisten wurde aus der gegenwärtigen politischen Debatte ausgeklammert und durch eine Haltung ersetzt, die man bestenfalls als eine »Pseudo-Ökonomik des Trickle-down-Effekts« bezeichnen kann – also eine vollkommen unbrauchbare Wirtschaftslehre, die den Glauben vertritt, die Armen würden vom Wohlstand der Reichen profitieren, indem das angehäuften Geld irgendwann bis zu ihnen nach unten durchsickert (*trickle down*).

Der Lehrstuhl, den Adam Smith an der Universität von Edinburgh innehatte, trug die Bezeichnung »Moralphilosophie«. So hießen auch die wirtschaftswissenschaftlichen Kurse, die in Großbritannien und den USA während des gesamten 19. Jahrhunderts gelehrt wurden. Eine andere Bezeichnung lautete »politische Ökonomie«, und in Schriften aus dem 18. Jahrhundert findet sich zudem der Begriff »politische Arithmetik«. Ihr gemeinsames Ziel war es, die politischen Entscheidungen des Staates zu beeinflussen, besonders in den Fragen, wie die Regierungsgeschäfte zu finanzieren seien, wie man am besten die Steuern verteilen und welche Regeln man aufstellen sollte, um das Bank- und Kreditwesen zu regulieren.

Die französischen Physiokraten waren die Ersten, die sich selbst die Bezeichnung *économistes* gaben. Der Begründer dieser Denkrichtung, François Quesnay (1694–1774), entwickelte das erste Wirtschaftsmodell zum Volkseinkommen. Mit diesem Modell wollte er begründen, warum Frankreich seine Hauptsteuerlast von den Arbeitern und der Industrie auf den Landadel übertragen sollte. Adam Smith stimmte der Ansicht des Marquis de Mira-

beau zu (des Vaters von Honoré Gabriel de Riqueti, Comte de Mirabeau, einem der ersten Anführer der Französischen Revolution), der Quesnays *Tableau Économique* zu den drei wichtigsten Erfindungen der Menschheitsgeschichte zählte (neben dem Geld und der Schrift), weil darin zwischen verdientem und nicht verdientem Einkommen unterschieden wurde. Die nachfolgende Debatte zwischen David Ricardo und Thomas Malthus, die sich um die Frage drehte, ob man die ländlichen Grundherren in Großbritannien mit hohen Zöllen (durch die sogenannten »Korngesetze«) schützen dürfe, fügte der physiokratischen Analyse, wie wirtschaftlicher Mehrwert entsteht, wer seine Nutznießer sind und wie diese ihre Erträge ausgeben, das Konzept der Grundrente hinzu.

Das Leitprinzip war folgendes: Jeder sollte die Früchte seiner eigenen Arbeit genießen können, aber nicht die der anderen. Die klassische Wert- und Preistheorie schuf das analytische Rüstzeug, mit dem man das Phänomen des nicht verdienten Einkommens messen und definieren konnte. Dadurch wollte man die notwendigen Produktionskosten – den Wert – vom nicht notwendigen (und daher parasitären) Preisüberschuss unterscheiden, der über diese Kosten hinausging. Die Monopolrente wurde, zusammen mit der Grundrente und dem über den tatsächlichen Wert einer Sache hinausgehenden Kredit als *ökonomische Rente* bezeichnet – die Quelle des Rentier-Einkommens. Eine effiziente Volkswirtschaft sollte die ökonomische Rente so niedrig wie möglich halten, um eine Ausbeutung durch die Rentier-Klassen zu verhindern. Während der letzten Jahrhunderte war es das politische Ziel der Werttheorie, die einzelnen Nationen von den drei Vermächtnissen der militärischen und finanziellen Eroberungen des feudalen Europas zu befreien: der Grundrente, der monopolistischen Preistreiberei und dem Zinswucher.

Die Grundrente ist das, was die Grundherren als Gegenleistung für die Benutzung des Grund und Bodens berechnen, den irgendein Vorfahr erobert hat. Bei der Monopolrente werden die Preise durch Unternehmen mit besonderen Privilegien oder hoher Marktmacht rigoros in die Höhe getrieben. Diese Privilegien werden Patente genannt: Sie verleihen ihren Besitzern das Recht, den höchsten Preis zu berechnen, den der Markt noch tragen kann, ungeachtet der tatsächlichen Geschäftskosten. Auch die Banken berechnen für ihre Dienstleistungen sehr viel mehr, als zur Deckung ihrer Kosten nötig wäre.

Die Angleichung der Preise und Einkünfte an die tatsächlichen Produktionskosten würde die Volkswirtschaften von dieser finanziellen Belastung befreien. Die Grundherren müssen keinen Finger rühren, um höhere Pacht- oder Mietzinsen zu verlangen. Wenn der Wohlstand einer Gesellschaft wächst, steigen automatisch auch die Bodenpreise. So veranlassen zum Beispiel staatliche Behörden den Bau von Straßen, Schulen und öffentlichen Transportsystemen und steigern dadurch den Wert der betroffenen Grundstücke. Auch im Bankwesen gilt, dass das Geld für seine Zinsen nicht »arbeitet« – das tun ausschließlich die Schuldner.

Zu dem Reformprogramm der Aufklärung, dessen Ziel die Schaffung gerechterer Gesellschaften war, gehörte auch die genaue Unterscheidung zwischen Erträgen, die durch Arbeitskraft entstehen, und solchen, die sich allein aufgrund von Sonderrechten und Privilegien ergeben. Gleichzeitig sollte damit auch eine weniger kostenintensive und industriell wettbewerbsfähigere Wirtschaft geschaffen werden. Doch die Angehörigen der Rentier-Klasse behaupten, ihre finanziellen Forderungen würden die Lebenshaltungs- und Geschäftskosten nicht erhöhen. Sie versichern, dass sie ihren Gewinn auf produktive Weise investieren (und nicht etwa, um weitere Vermögenswerte oder Luxusartikel zu erwerben oder noch mehr Kredite zu vergeben). Und ihre Unterstützer bemühen sich derweil, die allgemeine Aufmerksamkeit davon abzulenken, wie ihre maßlosen Forderungen die Wirtschaft polarisieren und verarmen lassen.

Im Kern der heutigen neoliberalen Wirtschaftslehre steht die Behauptung, es gebe kein »unverdientes« Einkommen oder Vermögen und die Marktpreise würden den tatsächlichen Wert einer Ware oder Dienstleistung niemals unnötig übersteigen. Wäre die Behauptung wahr, würde das bedeuten, dass eine öffentliche Regulierung gar nicht notwendig ist. Es wäre dann auch nicht erforderlich, dass Infrastruktur und elementare Dienstleistungen im Besitz der öffentlichen Hand verbleiben. Die Erträge der obersten Einkommensstufe sichern ja angeblich nach unten durch, so dass das Eine Prozent den übrigen 99 Prozent dient und Arbeitsplätze und Wohlstand schafft, statt sie zu vernichten.

Mithilfe der Arbeitswerttheorie lässt sich die ökonomische Rente gesondert betrachten und messen

Bis zum Beginn des Mittelalters waren die meisten Familien in der Lage, selbst für ihre Grundbedürfnisse zu sorgen. Auf den Märkten wurden hauptsächlich ausgefallene, nur selten benötigte Güter gehandelt, wie zum Beispiel Importwaren und Luxusgüter. Erst im 14. Jahrhundert machten die Wiederbelebung des Handels und eine zunehmende Urbanisierung es notwendig, das Verhältnis zwischen Marktpreisen und Produktionskosten zu untersuchen.

Man wollte auf diese Weise gerechte Preise festlegen, die Bankiers, Händler und andere Berufstätige für ihre Waren und Dienstleistungen berechnen konnten. Die Frage war, ab wann ein Preis als ausbeuterisch hoch gelten muss und daher von einer gerechten Gesellschaft verhindert werden sollte, und was als notwendige Geschäftskosten zu gelten hatte. Die entsprechende Diskussion fand in den wichtigsten Bildungszentren der damaligen Zeit statt: den kirchlichen Institutionen, die auch die ersten Universitäten gründeten.

Die Theorie der Theologen zum »gerechten Preis« bildete den Anfang der Arbeitswerttheorie: Die Kosten, die bei der Herstellung einer Ware anfallen, bestehen letztendlich aus den Aufwendungen für die Arbeitskraft, einschließlich des Anteils, der bei der Produktion der Rohmaterialien anfällt, sowie aus den Kosten für die Werkstätte und die Produktionsmittel. Thomas von Aquin (1225–1274) vertrat in seinen Schriften die Auffassung, Bankiers und Kaufleute sollten genug verdienen, um ihre Familien in einer ihrer Stellung angemessenen Weise ernähren und darüber hinaus noch etwas für wohlthätige Zwecke und Steuern erübrigen zu können.

Dabei war die Problematik, der sich Thomas von Aquin und andere Denker der Scholastik gegenübersehen, der heutigen nicht unähnlich: Man hielt es für ungerecht, dass die Bankiers für die von ihnen erbrachten Dienstleistungen (wie etwa den Transfer von Geldmitteln zwischen verschiedenen Herrschaftsgebieten oder Währungen oder die Vergabe von Krediten für unternehmerische Vorhaben) so viel mehr verdienten als Menschen anderer Berufe. Das ähnelt der heutigen Diskussion um die Frage, wie viel die Investmentbanker der Wall Street verdienen dürfen.

Die Logik der Scholastiker zufolge durfte der Lebensstandard der Bankiers

den von anderen Berufstätigen in vergleichbaren Stellungen nicht überschreiten. Das erforderte, dass man für den Preis ihrer Dienstleistungen eine Grenze festlegte (etwa durch die Gesetze gegen Wucherzins, die vor den 1980er Jahren noch in den meisten Volkswirtschaften weltweit galten). Man regulierte die Preise, die sie für ihre Dienstleistungen berechnen durften, und besteuerte überdurchschnittlich hohe Einkommen und Luxusgüter.

Es dauerte vier Jahrhunderte, bis man das Konzept des »gerechten Preises« auch auf die Grundrente ausdehnte, die den Grundbesitzern bezahlt werden musste. Zwei Jahrzehnte nach der normannischen Invasion Englands im Jahr 1066 ordnete Wilhelm der Eroberer 1086 die Erstellung des sogenannten »Domesday Book« (Buch des Jüngsten Tages) an. Anhand der darin gesammelten Daten wurde eine steuerliche Abgabe für Grundbesitz erhoben, die vom Landadel zur Grundrente umgewandelt und somit privatisiert wurde, als dieser sich gegen den habgierigen König Johann Ohneland (reg. 1199–1216) erhob. Auch die Revolte, die 1215 zur Abfassung der Magna Carta führte, sowie der »Erste Krieg der Barone« gingen hauptsächlich vom Landadel aus. Man wollte so einer Besteuerung entgehen, die Grundrente selbst einstreichen und die Steuerlast der arbeitenden Bevölkerung und den Städten aufbürden. Daher war die von ihnen erhobene Grundrente ein Vermächtnis aus den Zeiten, als Kriegsherren in Europa nach militärischen Eroberungen den Ernteüberschuss der unterworfenen Länder als Tribut forderten.

Ende des 18. Jahrhunderts mehrten sich die Versuche, die Volkswirtschaften von den Rentier-Privilegien und den politischen Machtmonopolen zu befreien, die noch aus Zeiten der Eroberungen stammten. Kritik kam auf, sowohl an der Grundrente als auch an der die Gesellschaft immer mehr belastenden Aristokratie, deren Angehörige man zunehmend als »reiche Müßiggänger« zu bezeichnen pflegte. Diese ersten kritischen Äußerungen mündeten in einer umfassenden Moralphilosophie, die ihrerseits den ideologischen Hintergrund zur Industriellen Revolution bildete. Zu den politischen Forderungen dieser Moralphilosophie gehörten demokratische Reformen, die die Macht des Landadels über die Regierung beschneiden sollten. Dabei wollte man keineswegs den Staat an sich demontieren. Ziel war vielmehr, dessen Steuerpolitik, Geldschöpfung und Gesetzgebung zu reformieren und die Forderungen der ausbeuterischen Rentiers zu begrenzen. Das war das Herzstück von John Stuart Mills an Ricardo orientierter »sozialistischer«

Theorie und auch der amerikanischen Reformzeit mit ihrer Regulierung des Kartellwesens und den Gesetzen zur Kontrolle der Energieversorgung.

Steuerrechtliche Vetternwirtschaft zugunsten der Rentiers und der Niedergang der Nationen

Diese früheren Diskussionen sind darum auch heute noch relevant, weil die heutigen Volkswirtschaften Gefahr laufen, sich einem neuen Rentier-System zu unterwerfen. Spanien hätte den unermesslichen Zustrom aus Silber und Gold, den ihm die Eroberungen in der Neuen Welt bescherten, dazu nutzen können, zu Europas führender Industriemacht zu werden. Stattdessen floss das Edelmetall einfach durch die Wirtschaft hindurch wie Wasser durch ein Sieb. Die aristokratischen Großgrundbesitzer Spaniens beanspruchten die Reichtümer für sich, um sich damit in verschwenderischen Ausschweifungen zu ergehen, noch mehr Ländereien zu kaufen, noch mehr Geld zu verleihen und weitere Eroberungskriege zu finanzieren. Der Adel erdrückte mit seinen Pachtforderungen die Landbevölkerung und erlegte auch den Stadtbewohnern so hohe Steuern auf, dass überall Armut herrschte. Es wurde so gut wie nichts in Bildung, Wissenschaft und Technologie investiert – jene Bereiche, die in den demokratischer geprägten Herrschaftsgebieten Nordeuropas florierten, wo die Macht des Landadels weniger erdrückend war.

Das »Spanische Syndrom« wurde zum Musterbeispiel für ein Fehlverhalten. Es veranlasste die Ökonomen zu untersuchen, auf welche verschiedenen Weisen der Reichtum der Rentiers – und die Steuer- und Kriegspolitik, die er unterstützte – den Fortschritt hemmte und zu Niedergang oder Zusammenbruch einer Nation führen konnte. Josiah Tucker, ein walisischer Geistlicher und politischer Ökonom, wies 1774 darauf hin, dass es einen riesigen Unterschied gab zwischen Ländern, die sich Geldmittel verschafften, indem sie ihre Bevölkerung einer geregelten, produktiven Arbeit nachgehen ließen, und solchen, die sie durch Piraterie oder Plünderungen von Gold und Silber erlangten, wie es beispielsweise in Spanien und Portugal mit solch verheerenden und lähmenden Folgen für die Wirtschaft geschehen war. Dort seien nur »sehr wenige Menschen an der Anhäufung dieses immensen Reichtums beteiligt gewesen ... und noch sehr viel weniger gelang es, das Errungene zu behalten«.¹